

die allgemeinen Möglichkeiten besser genutzt und ausgebaut werden können, um den sozialistischen Erziehungs- und Bildungsprozeß sowie das geistig-kulturelle Leben in diesen Bereichen stärker voranzutreiben. Besonders in diesem Zusammenhang zeigt sich die Allgemeingültigkeit des in der Gemeinde Friedersdorf beschrittenen Weges, die gesamte Bevölkerung in vielfältiger Weise in die Kriminalitätsvorbeugung einzubeziehen. Diese Erfahrung wurde auch im Kreis Quedlinburg und an anderen Orten gemacht. Ohne die schöpferische Mitwirkung der Arbeitskollektive und der Hausgemeinschaften, der Klubs, Interessen- und Sportgemeinschaften, der Kommissionen und Aktivs der Volksvertretungen und der Ausschüsse der Nationalen Front ist es weder im allgemeinen noch im speziellen möglich, diese Aufgabe zu lösen.

Die Programme sollten grundsätzlich so angelegt sein, daß sie alle Beteiligten auf die komplexe Kriminalitätsvorbeugung orientieren. Kriterium für die Praktikabilität der Programme ist neben der Herausarbeitung der Schwerpunktaufgaben die Beachtung der Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Kriminalitätsvorbeugung und die Verflechtung der daraus abzuleitenden Aufgaben. Diese Erkenntnis bestimmt in erster Linie den Wert des Quedlinburger Programms.

Verschiedentlich wurden gegen den Umfang der Aufgaben im Quedlinburger Programm und in anderen davon inspirierten Beschlüssen ernsthafte Einwände erhoben, die bei der Weiterentwicklung und Vervollkommnung dieser Dokumente nicht unbeachtet bleiben sollten. Diese Einwände müssen jedoch gegenüber der Tatsache zurücktreten, daß es in Quedlinburg gelungen ist, den Komplex der Maßnahmen, die die verschiedensten Bereiche zu ergreifen haben, in seiner tatsächlichen Verflechtung darzustellen. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen, daß keine dauerhaften Erfolge zu erreichen sind, wenn nur einzelne Aufgaben — etwa aus den Komplexen zur Verhütung der Fehlentwicklung von Kindern und Jugendlichen, zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs oder zur Vorbeugung gegen Asozialität und Rowdytum — herausgegriffen werden.

Die Kreistage sollten in den Vorbeugungsprogrammen die Hauptaufgaben und die grundlegenden Wege zu deren Verwirklichung sowie die Verantwortlichkeiten festlegen und dadurch auf die schöpferische Lösung der Probleme orientieren. Die Aufgabenstellung muß die Eigenverantwortlichkeit der an der Verwirklichung des Programms beteiligten Kräfte fördern und ihre Aktivität auf die allgemeinen Schwerpunktaufgaben hinlenken. Zu stark detaillierte, reglementierende Festlegungen erweisen sich unter diesem Aspekt als ebenso unfruchtbar wie Allgemeinplätze, denen es an orientierender und gestaltender Kraft fehlt, oder rein organisatorische Regelungen, die die inhaltlichen Zusammenhänge zwischen der Verwirklichung der Perspektivpläne und der Kriminalitätsvorbeugung nicht bewußt machen. Vor allem sollte auf solche komplizierten Probleme orientiert werden, die im Gesamtprozeß der Entwicklung nur schrittweise und auf lange Sicht gelöst werden können und müssen. Dabei gibt es eine Reihe Aufgaben, die, nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen, generelle Bedeutung haben und deren Inangriffnahme — unter Beachtung örtlich bedingter Unterschiede und Besonderheiten — allgemein geboten zu sein scheinen.

6 Die als Anlage zu dem Beitrag Jahn/Reinwarth, „Zur Leitungstätigkeit der Bezirksgerichte“, NJ 1964 S. 452 ff., veröffentlichte Fragestellung, die der Ausarbeitung des Programms zugrunde lag, vermittelt einen annähernden Eindruck von seinem Umfang.

### *Vorbeugung gegen die Fehlentwicklung von Kindern und Jugendlichen*

1. Die staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen sollten darauf orientiert werden, Anzeichen der Fehlentwicklung von Kindern und Jugendlichen in ihrem Einzugsbereich rechtzeitig zu erfassen und durch den Ausbau des Informationssystems die Kontinuität der sozialistischen Erziehung unter Beachtung der Besonderheiten der Fehlentwicklung im Einzelfall zu sichern. Besonders beim Wechsel der Erziehungsträger (z. B. nach Verlassen der Schule oder bei Wohnsitzwechsel) darf die begonnene Einwirkung nicht unterbrochen werden.

Die pädagogische Propaganda unter den Eltern sowie die Tätigkeit der Erziehungsberatungsgruppen<sup>7</sup> sollte durch die Schulen als Zentren der Bildung und Erziehung mit Hilfe der Elternbeiräte und ihrer Organe ausgebaut werden.

In Dessau wurde entsprechend den örtlichen Bedingungen z. B. die Bildung einer „Elternakademie“ für pädagogische Propaganda beschlossen. Das Programm der Stadtverordnetenversammlung orientiert auf die Wichtigkeit der klassenmäßigen Erziehung der Kinder und Jugendlichen und die daraus den Erziehern erwachsenden Verpflichtungen. Große Aufmerksamkeit wird auch den Problemen der sozialistischen Familien-erziehung und der Hilfe erfahrener Pädagogen für die Eltern geschenkt.

Eine wesentliche Aufgabe besteht darin, den gesellschaftlichen Einfluß auf Eltern, die ihren erzieherischen Aufgaben nicht oder nur ungenügend nachkommen, zu verstärken. Das kann nur erreicht werden, wenn sich die Schulen, die Elternbeiräte und ihre Organe sowie die Erziehungsberatungsgruppen mit vereinten Kräften dieser Erscheinungen annehmen und die Wirksamkeit ihrer Arbeit mit den Eltern erhöhen. Insbesondere sollten in Zusammenarbeit mit Arbeitskollektiven, Betrieben und gesellschaftlichen Organisationen effektive Formen der Einwirkung auf nachlässige Eltern systematisch weiterentwickelt werden. Das schließt ein, in den Betrieben und Wohngebieten eine allgemeine Atmosphäre der Unduldsamkeit gegenüber Erziehungspflichtverletzungen zu schaffen. Aber auch die Mittel der Volksbildungsorgane (Ordnungsstrafen, Anträge an Schiedskommissionen, Strafanzeigen) gegenüber erziehungsunwilligen, nachlässigen oder asozialen Eltern müßten konsequenter und wirksamer genutzt werden.

2. Schulabgänger, die das Ziel der polytechnischen Oberschule nicht erreicht haben, gleiten im späteren Leben oft ab und werden nicht selten straffällig. Das hängt u. a. damit zusammen, daß die Ansprüche an das Leben, die diese jungen Bürger mitunter erheben, auf Grund ihres unzureichenden Bildungs- und Erziehungsstandes nicht befriedigt werden können. Infolgedessen begeben sie sich leicht, besonders wenn weitere negative Einflüsse hinzutreten, in eine interessenlose oder sogar oppositionelle Haltung gegenüber gesellschaftlichen Anforderungen. Die Vorbeugung gegen diese Erscheinung ist ein äußerst kompliziertes und vielschichtiges Problem. Um die dem Leistungsvermögen dieser jungen Bürger entsprechende Entwicklung beim Übergang in das Berufsleben zu gewährleisten, erscheinen u. a. folgende Maßnahmen notwendig.

— Rechtzeitig sind geeignete Lehr- und Ausbildungsstellen vorzubereiten und bereitzustellen, wobei von vornherein die Möglichkeiten für die Verbesserung der Allgemeinbildung zu berücksichtigen und auszuschnöpfen wären.

7 Vgl. Kaiser, „Probleme der komplexen Kriminalitätsvorbeugung“, NJ 1967 S. 463 f.